

ELEKTRONISCHES AMTSBLATT

für die Samtgemeinde Herzlake

und die Mitgliedsgemeinden Dohren, Herzlake und Lähden



Jahrgang 2025

Ausgegeben in Herzlake am 31.01.2025

Nr. 05

Nr.	Inhalt	Seite
A.	Satzungen und Verordnungen	
B.	Erteilung von Genehmigungen für Flächennutzungspläne	
C.	Öffentliche und ortsübliche Bekanntmachungen	
9	Gemeinde Dohren – Sitzübergang im Rat der Gemeinde Dohren	23
D.	Zeit, Ort und Tagesordnung der öffentlichen Sitzungen der Räte und der öffentlichen Sitzungen der Ausschüsse der Räte	
E.	Bekanntmachungen aufgrund besonderer Rechtsvorschriften	
F.	Sonstige Bekanntmachungen	
10	Gemeinden Herzlake und Lähden – Vorbereitung der Planung für den Ausbau der Europastraße 233 (E 233) im Zuge der Bundesstraßen 402, 213 und 72 zwischen der Bundesautobahn 31 bei Meppen und der Bundesautobahn 1 in Emstek	23

C. Öffentliche und ortsübliche Bekanntmachungen

9 Sitzübergang im Rat der Gemeinde Dohren

Bekanntmachung

Sitzübergang im Rat der Gemeinde Dohren

Gemäß § 44 Abs. 6 des Niedersächsischen Kommunalwahlgesetzes (NKWG) und § 77 Abs. 1 S. 3 der Niedersächsischen Kommunalwahlordnung (NKWO) gebe ich folgende Feststellung bekannt:

Herr Reiner Grote hat seinen bei der Wahl des Rates der Gemeinde Dohren am 12. September 2021 für die Christlich Demokratische Union Deutschland (CDU) erzielten Sitz durch Verzicht verloren.

Entsprechend den Bestimmungen des § 38 Abs. 2 NKWG ist der Sitz auf den Nachfolger Herrn Florian Feldmeier übergegangen.

Herzlake, 31.01.2025

Gemeinde Dohren
 gez. *Pohlmann*
 Stellv. Gemeindevorsteher

F. Sonstige Bekanntmachungen

10 Vorbereitung der Planung für den Ausbau der Europastraße 233 (E 233) im Zuge der Bundesstraßen 402, 213 und 72 zwischen der Bundesautobahn 31 bei Meppen und der Bundesautobahn 1 in Emstek



**Niedersächsische Landesbehörde für
 Straßenbau und Verkehr
 Geschäftsbereich Lingen**

AZ: L-2-PE233/E23

Lingen, den 20.01.2025

Bekanntmachung

Vorbereitung der Planung für den Ausbau der Europastraße 233 (E 233) im Zuge der Bundesstraßen 402, 213 und 72 zwischen der Bundesautobahn 31 bei Meppen und der Bundesautobahn 1 in Emstek

**Vorarbeiten auf Grundstücken gem. § 16 a Bundesfernstraßengesetz (FStrG) –
 Faunakartierungen in den Planungsabschnitten 3 und 4**

Die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, beabsichtigt, das o. a. Bauvorhaben zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse und Erhöhung der Verkehrssicherheit durchzuführen.

Um das Vorhaben ordnungsgemäß planen zu können ist es notwendig, auf verschiedenen Grundstücken entlang der Trasse **zwischen dem 03.02.2025 und dem 31.10.2025** folgende Vorarbeiten im geplanten Trassenbereich durchzuführen:

- **PA 3 und 4 – Erfassung von Brutvögeln, Amphibien, Reptilien und Libellen**
 - Betreten von Grundstücken im Rahmen der durchzuführenden Erfassungen

Hierzu ist das Betreten von Grundstücken im Rahmen der durchzuführenden Erfassungen unumgänglich. Folgende Grundstücke sind betroffen:

Gemeinde/Stadt	Gemarkung	Flur	Flurstücke
Esterwegen	Löningen	57	teilweise / ganz
Haselünne, Stadt	Andrup	1, 2	teilweise / ganz
Haselünne, Stadt	Eltern	1, 2, 3, 4, 7, 8	teilweise / ganz
Haselünne, Stadt	Flechum	2, 3, 4, 5, 7, 9, 10	teilweise / ganz
Haselünne, Stadt	Haselünne	2, 3, 7, 8, 9, 13, 14, 15	teilweise / ganz
Herzlake	Felsen	1	teilweise / ganz
Herzlake	Herzlake	13, 14, 15, 16, 17, 19, 20, 21	teilweise / ganz
Herzlake	Westrum	1, 2, 6, 7, 8	teilweise / ganz
Lähden	Holte-Lastrup	4, 9, 10	teilweise / ganz
Löningen	Löningen	1, 2, 15, 16, 17, 18, 21, 57, 58, 77, 78, 80, 81, 82, 83, 84	teilweise / ganz

Die Untersuchungsbereiche sind in entsprechenden Karten dargestellt, die

- für den **Planungsabschnitt 3** (Westlich Haselünne bis Kreisgrenze Emsland / Cloppenburg beim **Landkreis Emsland, Ordeniederung 1, 49716 Meppen** während der jeweiligen Öffnungszeiten des Kreishauses **auf Anmeldung** und
- für den **Planungsabschnitt 4** (Kreisgrenze Emsland – Cloppenburg, bis östlich Löningen) beim **Landkreis Cloppenburg, Dietrich-Bonhoeffer-Straße 7, 49661 Cloppenburg** im Planungsamt (R.07) während der jeweiligen Öffnungszeiten des Kreishauses **auf Anmeldung** eingesehen werden können.

Da die genannten Arbeiten im Interesse der Allgemeinheit liegen, hat das Bundesfernstraßengesetz (FStrG) die Grundstücksberechtigten verpflichtet, sie zu dulden (§ 16a FStrG). Die Arbeiten können auch durch Beauftragte der Straßenbauverwaltung durchgeführt werden. Sie alle sind bemüht, ihre Aufgaben so vorsichtig wie möglich auszuführen. Sollten dennoch durch diese Vorarbeiten unmittelbare Vermögensnachteile entstehen, werden sie in Geld entschädigt.

Durch diese Vorarbeiten wird nicht über die Ausführung der geplanten Straße entschieden. Mit der Duldung dieser Vorarbeiten wird nicht auf die Wahrnehmung der persönlichen Interessen in einem späteren Planfeststellungsverfahren verzichtet.

Die sofortige Vollziehung der Duldungsverfügung wird angeordnet.

Die Anordnung der sofortigen Vollziehung erfolgt im öffentlichen Interesse gem. § 80 Abs. 2 Nr. 4 Verwaltungsgerichtsordnung – VwGO – vom 21. Januar 1960 (BGBl. I S. 1626) in der Fassung der

Bekanntmachung vom 19. März 1991 (BGBl. I S. 686), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Beschleunigung von Investitionen vom 03.12.2020 (BGBl. I S. 2694).

Das Vorhaben des Ausbaus der E 233 ist in den Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen, der als Anlage dem Bundesfernstraßenausbaugesetz (FStrAbG) beigefügt ist, als Vorhaben des „vordringlichen Bedarfs“ aufgenommen worden. Es dient der Deckung eines gesetzlich durch § 1 FStrAbG festgestellten Bedarfs.

Die Dringlichkeit ergibt sich ferner aus der Wertung des Bundesfernstraßengesetzes. Der Gesetzgeber hat durch die Vorschriften zur Verfahrensbeschleunigung im Bundesfernstraßengesetz zum Ausdruck gebracht, dass ein besonderes öffentliches Interesse an der beschleunigten Planung und Errichtung von Bundesfernstraßen besteht (vgl. BVerwG, Beschl. v. 01.07.1993, 7 ER 308.93, UA S. 9). Bei der Beurteilung der Dringlichkeit von Vorarbeiten hat weiterhin der in § 17e Abs. 2 FStrG geregelte Ausschluss der aufschiebenden Wirkung einer Anfechtungsklage gegen den Planfeststellungsbeschluss Beachtung zu finden (BVerwG, Beschl. v. 30.03.2007, 9 VR 7.07, juris Rn. 7; Beschl. v. 17.09.2002, 9 VR 17.02, juris Rn. 8).

Die zeitnahe Durchführung der Vorarbeiten erfolgt vor dem Hintergrund einer straffen und kostenoptimierten Gesamtplanung. Ein Zuwarten mit der Durchführung der genannten Vorarbeiten ist vor diesem Hintergrund nicht möglich. Eine Verzögerung der Vorarbeiten durch ein sich möglicherweise über mehrere Jahre erstreckendes Verwaltungsstreitverfahren würde die Planung und damit auch die Realisierung des Ausbaus der E 233 in unvertretbarem Maße verzögern (vgl. OVG Schleswig, Beschl. v. 02.12.1997, 4 M 95.97, UA S. 15; OVG Schleswig, Beschl. v. 02.12.1997, 4 M 92.97, UA S. 17). Dies führt ferner zu Kostensteigerungen und damit Belastung der öffentlichen Hand (vgl. BayVGh, Beschl. v. 22.10.2008, 22 AS 08.40030, juris Rn. 19).

Zudem sichert die Anordnung der sofortigen Vollziehung die kontinuierliche Durchführung der planerischen Vorarbeiten, die für einen zusammenhängenden Planungsabschnitt sinnvoll sind und nur im Zusammenhang technisch und wirtschaftlich vertretbar und einwandfrei durchgeführt werden können.

Im Vergleich zu dem öffentlichen Interesse an der baldigen Durchführung der Vorarbeiten sind die unmittelbaren nachteiligen Auswirkungen der Vorarbeiten auf Ihre Grundstücke eher unwesentlich und reparabel sowie lediglich vorübergehender Natur. Die mit den Vorarbeiten verbundenen Beeinträchtigungen beschränken sich im Wesentlichen auf das Betreten begrenzter Teile der Grundstücke. Zudem sind die beabsichtigten Vorarbeiten mit den zuständigen Behörden abgestimmt. Die Vorarbeiten werden von Fachfirmen durchgeführt, die die einschlägigen Regeln der Technik kennen und beachten. Sämtliche eventuellen Folgen der Vorarbeiten werden später wieder beseitigt, so dass eine bleibende Beeinträchtigung des Grundstücks selbst nicht eintreten wird. Darüber hinaus steht Ihnen bei etwaigen unmittelbaren Vermögensnachteilen ein Entschädigungsanspruch gegen die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr zu (vgl. OVG Schleswig, Beschl. v. 02.12.1997, 4 M 95.97, UA S. 13; BayVGh, Beschl. v. 22.10.2008, 22 AS 08.40030, juris Rn. 20). Aus diesem Grund muss Ihr Interesse, durch die aufschiebende Wirkung von Rechtsbehelfen eine Aufschiebung dieser Arbeiten zu erreichen, dem öffentlichen Interesse am Fortschreiten der Planung untergeordnet werden.

Dies gilt umso mehr, als von den Vorarbeiten keine Präjudizierung für die letztlich durch Planfeststellung festzulegende Streckenführung ausgeht und der Rechtsschutz gegen eine solche Entscheidung nicht verkürzt wird. Mit der Durchführung der Vorarbeiten ist noch keine endgültige Entscheidung getroffen, ob die Strecke in dieser Trassenführung auch tatsächlich gebaut werden wird (vgl. BayVGh, Beschl. v. 30.05.1995, 20 AS 95.40062, UA S. 7; BVerwG, Beschl. v. 01.07.1993, 7 ER 308.93, UA S. 9; Beschl. v. 03.03.1994, 7 VR 4, 5, 6.94, UA S. 14; OVG Schleswig, Beschl. v. 02.12.1997, 4 M 95.97, UA S. 11; OVG Schleswig, Beschl. v. 02.12.1997, 4 M 92.97, UA S. 12; VG Minden, Beschl. v. 05.02.1979, 5 L 30.79, UA S. 7).

Bei Rückfragen von Grundstückseigentümern und sonstigen Nutzungsberechtigten ist es möglich, sich direkt mit den durch die NLStBV für die betroffenen Planungsabschnitte beauftragten zuständigen Planungsträgern

<p>Landkreis Emsland Ordeniederung 1 49716 Meppen</p> <p>Tel.: 05931 – 44-1564 oder 1565 für den Planungsabschnitt 3</p>	<p>Landkreis Cloppenburg Dienstgebäude Dietrich-Bonhoeffer-Straße 7 49661 Cloppenburg</p> <p>Tel.: 04471 – 15679 für den Planungsabschnitt 4</p>
--	--

in Verbindung zu setzen.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Osnabrück, Hakenstr. 15, 49074 Osnabrück schriftlich, zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts oder als elektronisches Dokument nach Maßgabe der §§ 55a, 55d VwGO und der ERVV (Elektronischer-Rechtsverkehrverordnung) in der jeweils gültigen Fassung erhoben werden.

Im Auftrage

gez. *Merschel*
